und unteren Beamten Gehaltskürzung und Raub der einfachsten Rechte, für die kleinen Bauern Zwangsversteigerung und Bettelstab, für den kleinen Mittelstand Verschuldung und Verarmung, für die Erwerbslosen und Sozialrentner Unterstützungs- und Rentenraub bedeutet.

Es gilt darum, aufzumarschieren gegen dieses System. Es gilt die Klassenfront aufzurichten gegen das System des Hungers, der Not und des Elends, gegen das System des Lohn-, Gehalts- und Unterstützungsabbaues. Das Schicksal der Arbeiterklasse wird nicht im Parlament entschieden, nicht in diesem und nicht im nächsten Landtag. Es geht darum bei diesem Volksentscheid nicht um parlamentarische Entscheidungen, sondern um

die Formierung und Stärkung der proletarischen Klassenfront zum Kampf gegen das kapitalistische Hungersystem.

Die SPD ist die stärkste Stütze der Schiedregierung. Dieser Regierung, die von der Deutschen Volkspartei, der Partei des Großkapitals, stolz als eine „nationale" Regierung genannt wurde. Für sie ist Schieck das „kleinere Uebel". Mit dieser Phrase vom „kleineren Uebel" deckt die SPD ganz den Lohn-, Gehalts- und Rentenraub und die ganze schamlose Ausbeutungspolitik der Kapitalisten. Mit dieser Phrase liefert sie die deutsche Arbeiterklasse den Kapitalisten aus. Mit dieser Phrase hat sie bei der Reichspräsidentenwahl ihre Arbeiteranhänger dem kaiserlichen Generalfeldmarschall ausgeliefert. Mit dieser Phrase kämpft sie jetzt für den Reaktionär Schieck.

Wer kämpft gegen Schieck und alle kapitalistischen Regierungen?

Nicht die Nazis, die in Braunschweig die Politik Brünings durchführen, die im Auftrage der Scharfmacher, der Großindustrie und Großagrarier die blutige Terrorherrschaft gegen die Arbeiter und alle Werktätigen errichten wollen. Nicht die SPD-Führer, die mit Schieck im Bunde stehen, die Brüning tolerieren und Hindenburg zu ihrem Schutzpatron gemacht haben.

Ihre Politik des „kleineren Uebels" ist das größte Uebel, weil sie damit große Teile der Arbeiterschaft in den Dienst der Politik der Kapitalisten stellen.

Nicht die Ableger der Sozialdemokratie, wie die SAP, die mit radikalen Phrasen und Betrugsmanövern die Arbeiterklasse zu verwirren und an den Klassenfeind auszuliefern sucht.

Nur die KPD führt den Kampf gegen Schieck und Severing, gegen Brüning und Hitler

Unter ihrer Führung wird die revolutionäre Einheitsfront geschaffen zum Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung. Darum folgt dem Ruf der KPD:

Heraus zum Roten Volksentscheid!

Am 17. April geht es nicht um eine einfache parlamentarische Entscheidung.

Am 17. April gilt es ein Bekenntnis abzulegen für den proletarischen Klassenkampf, für den Befreiungskampf aller Werktätigen:

Darum am 17. April:

Massenbekenntnis Klasse gegen Klasse!

Gegen die imperialistische Kriegspolitik der Kapitalisten!
Gegen Lohnraub und Notverordnungsdiktatur!
Gegen faschistischen Kurs und Naziterror — Gegen die Politik des „kleineren Uebels"!
Für den revolutionären Ausweg aus Elend und Not — Für Arbeit, Brot, Boden und Freiheit!
Für ein Rotes Sachsen im freien sozialistischen Deutschland!

Dafür am 17. April: Stimmt mit Ja!

Bezirksleitung der KPD Sachsen.

Wahlergebnis der Großstädte Sachsens

Leipzig:

Thälmann 68 681, 1. Wahlg. 81 941; Hindenb.: 253 750, 1. Wahlg. 275 103; Hitler: 133 907, 1. Wahlg. 110 714; Duesterberg erhielt im 1. Wahlg. 12 758.

Chemnitz

Thälmann: 34 307, 1. Wahlg. 40 513; Hindenburg: 94 780, 1. Wahlg. 93 513; Hitler 94 841, 1. Wahlg. 79 253; Duesterberg erhielt im 1. Wahlg. 11 015.

Plauen

Thälmann: 19 925, 1. Wahlg. 16 828; Hindenburg 19 260, 1. Wahlgang 15 663; Hitler 40 309, 1. Wahlg. 35 225. Duesterberg erhielt im 1. Wahlgang 3 619 Stimmen.

Zwickau

Thälmann: 5 627, 1. Wahlg. 8 029; Hindenburg: 26 010, 1. Wahlg. 24 437; Hitler: 21 539, 1. Wahlg. 18 371. Duesterberg erhielt im 1. Wahlg. 2 666 Stimmen.

Die Wahl in unserem Verbreitungsgebiet

Freital. Thälmann 3 998, 1. Wahlg. 4 869; Hindenburg: 15 017, 1. Wahlg. 14 792; Hitler: 5 165, 1. Wahlg. 4 164. Duesterberg erhielt im 1. Wahlg. 561 Stimmen.

Pirna. Thälmann: 3 499, 1. Wahlg. 5 027; Hindenburg: 9 164, 1. Wahlg. 8 899; Hitler 6 667, 1. Wahlg. 4 866. Duesterberg erhielt im 1. Wahlg. 1 206 Stimmen.

Meißen. Thälmann: 1 785, 1. Wahlg. 2 238; Hindenburg: 19 502, 1. Wahlg. 19 152; Hitler: 10 199, 1. Wahlg. 7 228. Duesterberg erhielt im ersten Wahlgang 2 881 Stimmen.

Bannewitz: Thälmann 520; Hindenburg 1580; Hitler 339.
Bergglezhübel: Thälmann 268 (287); Hindenburg 496 (389); Hitler 171 (146).
Brabschütz: Thälmann 7; Hindenburg 43; Hitler 61.
Brand-Erbisdorf: Thälmann 795; Hindenburg 1650; Hitler 1136.
Braunsdorf: Thälmann 101; Hindenburg 283; Hitler 190.
Cossebaude: Thälmann 165; Hindenburg 1305; Hitler 778.
Cotzmannsdorf: Thälmann 351; Hindenburg 969; Hitler 418.
Dohna: Thälmann 769 (840); Hindenburg 1162 (1132); Hitler 944 (635).
Dorfhain: Thälmann 140 (191); Hindenburg 290 (287); Hitler 360 (314).
Gittersee: Thälmann 455; Hindenburg 1984; Hitler 343.
Gohlis: Thälmann 66 (67); Hindenburg 340 (351); Hitler 199 (177).
Großschönau: Thälmann 397; Hindenburg 2620; Hitler 1396.
Hainsberg: Thälmann 185; Hindenburg 757; Hitler 473.
Heidenau: Thälmann 2612 (3388); Hindenburg 5149 (4920); Hitler 2475 (1842).
Hermsdorf: Thälmann 101; Hindenburg 491; Hitler 211.
Hinterhermsdorf: Thälmann 74 (117); Hindenburg 228 (210); Hitler 202 (155).
Hirschfelde: Thälmann 284; Hindenburg 398; Hitler 534.
Hohnstein (Sächs. Schweiz): **Thälmann 67;** Hindenburg 366; Hitler 277.
Hosterwitz: Thälmann 86; Hindenburg 302; Hitler 294.
Kamenz: Thälmann 525; Hindenburg 3822; Hitler 2604.
Kleinnaundorf: Thälmann 187; Hindenburg 768; Hitler 87.
Klotzsche: Thälmann 261; Hindenburg 2660; Hitler 1849.
Königstein: Thälmann 271; Hindenburg 1034; Hitler 1193.
Langburkersdorf: Thälmann 285; Hindenburg 696; Hitler 712.
Langebrück: Thälmann 107; Hindenburg 1040; Hitler 868.
Lausa: Thälmann 351 (422); Hindenburg 1499 (1472); Hitler 996 (827).
Leppersdorf: Thälmann 142; Hindenburg 348; Hitler 217.
Löbau: Thälmann 587; Hindenburg 4331; Hitler 3229.
Neustadt: Thälmann 226; Hindenburg 1374; Hitler 1423.
Niederoderwitz: Thälmann 420; Hindenburg 1290; Hitler 903.
Niederporitz: Thälmann 52; Hindenburg 427; Hitler 216.
Niedersedlitz: Thälmann 361; Hindenburg 1894; Hitler 1346.
Oberlößnitz: Thälmann 64; Hindenburg 688; Hitler 680.
Oberoderwitz: Thälmann 268 (390); Hindenburg 1115 (1134); Hitler 661 (486).
Ottendorf-Okrilla: Thälmann 315 (410); Hindenburg 2031 (1990); Hitler 831 (627).
Pesterwitz: Thälmann 127; Hindenburg 635; Hitler 199.
Polenz: Thälmann 187; Hindenburg 355; Hitler 337.
Rabenau: Thälmann 194 Hindenburg 1326; Hitler 740.
Radebeul: Thälmann 652; Hindenburg 4885; Hitler 3329.
Radeberg: Thälmann 1276; Hindenburg 5679; Hitler 3808.
Rahnitz-Hellerau: Thälmann 312; Hindenburg 1546; Hitler 906.
Reichenau: Thälmann 562; Hindenburg 2278; Hitler 1288.
Reichenberg: Thälmann 94; Hindenburg 797; Hitler 403.
Rippien: Thälmann 61; Hindenburg 310; Hitler 129.
Sebnitz: Thälmann 853; Hindenburg 3688; Hitler 1973.
Stolpen: Thälmann 87; Hindenburg 572; Hitler 471.
Tharandt: Thälmann 268; Hindenburg 1235; Hitler 1039.
Wachau: Thälmann 58; Hindenburg 581; Hitler 329.
Weißig bei Bühlau: **Thälmann 132;** Hindenburg 675; Hitler 476.
Weißig bei Freital: **Thälmann 224;** Hindenburg 744; Hitler 116.
Wilschdorf: Thälmann 112; Hindenburg 464; Hitler 264.
Wurgwitz bei Freital: **Thälmann 157 (179);** Hindenburg 1025 (1035); Hitler 383 (336).
Zaschendorf: Thälmann 37; Hindenburg 38; Hitler 74.

Nazimorde in Essen!

Essen, 10. April. (Eig. Drahtber.)

In Bissenheim ereignete sich ein **nationalsozialistischer Ueberfall auf die Arbeiterschaft. Ein Arbeiter wurde so schwer verletzt, daß er auf dem Wege zum Krankenhaus verstorben ist. Drei weitere Arbeiter wurden schwer verletzt.**

Wittenau, Ruhr, 10. April (Eig Drahtb.)

Hier versuchten die Nationalsozialisten vor einem Reichsbannerlokal Hindenburg-Wahl-Plakate abzureißen. Dabei kam es zu Zusammenstößen mit **einer Reichsbannerabteilung.** Die Nazis mußten abziehen, versuchten aber bald darauf das Geschäftslokal der sozialdemokratischen Zeitung zu zertrümmern. Bei der sich entspinnenden Schlägerei wurde einem SA-Mann, Wöller, **von einem seiner eigenen Kameraden der Schädel zertrümmert. Hoffnungslos wurde er dem Krankenhaus zugeführt.**

Nazis verprügeln sich gegenseitig

Berlin, 10. April 1932. (Eig. Drahtber.)

Vor der Nazikaserne in der Kirchstraße im Westen Berlins kam es heute morgen zu einer Schlägerei zwischen Angehörigen des berüchtigten Sturmes 33 und des Sturmes 87. Annähernd 100 Nazis schlugen mit schweren Gegenständen aufeinander ein. Die Schlägerei, bei der mehrere SA-Leute verwundet wurden, soll wegen Meinungsverschiedenheiten in der Beurteilung des Hauptmanns Röhm entstanden sein. Pfeifen alarmierten die Polizei, die mit einem großen Aufgebot anrückte und die umliegenden Straßen absperrte. 70 Teilnehmer an der Schlägerei wurden verhaftet. Bei den Verhafteten wurden zahlreiche Revolver und andere Waffen gefunden.

Vorwärts zum roten Sturm gegen die Schieck-Regierung!

Mobilisiert zum außerparlamentarischen Kampf!

Zu dem Resultat des zweiten Wahlganges der Reichspräsidentenwahl schreibt das Zentralkomitee unserer Partei:

Die Feststellung, daß ein Vergleich zwischen einer Präsidentschaftswahl und gewöhnlichen Parlamentswahlen unmöglich ist, wird wie beim ersten Wahlgang auch durch das Wahlresultat des zweiten Wahlganges bestätigt. Die Partei hat von vornherein in richtiger Einschätzung der Schwierigkeiten keinen Zweifel darüber gelassen, daß es sehr schwer sein würde, die 5 Millionen, die am 13. März bei der ersten Wahl ihr Bekenntnis zur Kampfkandidatur der Kommunistischen Partei ablegten, auch für den zweiten Wahlgang zu mobilisieren. In breiten Massen des Proletariats bestand die Auffassung, daß die Präsidentschaftswahl durch den ersten Wahlgang eigentlich entschieden sei und daß dabei das Bekenntnis der 5 Millionen zur Kampfkandidatur der KPD erfolgt sei. Diese Schichten des Proletariats erblickten im zweiten Wahlgang lediglich eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten der Bourgeoisie. Auf Grund dieser Einstellung ist über 1 Million der kommunistischen Wähler vom 13. März nicht mehr zur Wahlurne gegangen.

Die gewaltsame Einschränkung des legalen Wahlkampfes auf die kurze Frist von sieben Tagen machte es der Partei unmöglich, trotz stärkster Entfaltung ihrer Kräfte diese falschen Auffassungen an der Peripherie des revolutionären Proletariats zu widerlegen. Die Bourgeoisie führte den Wahlkampf mit einem riesigen Aufgebot aller Methoden der Massenverdummung. Insbesondere die Hitlerpartei schreckte nicht vor den schmutzigsten Täuschungsmanövern zurück, wie der Verbreitung gefälschter Flugblätter, die sich den Anschein gaben, kommunistischen Ursprungs zu sein und zur Wahl Hitlers aufforderten, um dadurch gegen das heutige System zu demonstrieren und die revolutionäre Krise zu beschleunigen.

Aber auch die SPD benutzte die übelsten Methoden der Verleumdung und Irreführung, um die kommunistischen Wählermassen zu verwirren. Zugleich wurde der ganze Staatsapparat mit allen seinen Propagandamitteln für die Kandidatur Hindenburgs eingesetzt.

Trotzdem ist es durch die Entfaltung der stärksten Energie in der revolutionären Mobilisierungsarbeit der Partei gelungen, im wesentlichen zu verhindern, daß aus den Massen, die am 13. März ihre Stimme für die KPD abgaben, nicht Teile ihrer Wähler weder für Hindenburg noch für Hitler eingefangen werden konnten. Weder der Hitlerpartei noch der SPD ist im allgemeinen ein solcher Einbruch in die kommunistischen Wählermassen gelungen. Der Stimmenzuwachs Hindenburgs und Hitlers am 10. April gegenüber dem 13. März rekrutiert sich vielmehr **fast ausschließlich aus den Stimmen, die am 13. März für Duesterberg und Winter abgegeben wurden.**

Hindenburg und Hitler vermochten von den Stimmen, die für die Kommunistische Partei am 10. April weniger abgegeben wurden als am 13. März, nur einen geringen Teil zu gewinnen. Diese Abwehr im zweiten Wahlgang gelang, obwohl die KPD bereits ihre Kräfte auf die bevorstehenden Parlamentswahlen und die übrigen Parlamentswahlen, sowie den nun Volksentscheid in Sachsen, lenkte und konzentrierte. Die Bourgeoisie hat als bewußtes antikommunistisches Manöver unmittelbar nach der Präsidentschaftswahl für den 17. April den nun Volksentscheid und für den 24. April Parlamentswahlen auf einem Gesamtgebiet, das fast fünf Sechstel von Deutschland umfaßt, angesetzt. Wiederum ist für die Kommunistische Partei, die deren Wahlkampf im schärfsten Kampf gegen den faschistischen Machtapparat — ohne jede Subventionen des Kapitals wie alle bürgerlichen Parteien haben — durchführen muß, nur eine sehr kurze Frist zur Aufrüttelung der Massen gegeben. Um so **entschlossener muß die Partei schon am heutigen Tage mit der ganzen Energie an die Arbeit herangehen.** So wie mit jeder zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl von vornherein als eine Etappe für die vom Standpunkt der revolutionären Massenmobilisierung wichtigen Preußenwahlen und die übrigen Wahlen am 24. April und den roten Volksentscheid in Sachsen betrachten, so gilt es jetzt mit kühnster Offensive alle Kräfte der **Partei, der revolutionären Massenorganisationen und der gesamten mit uns sympathisierenden Arbeiterschaft und Werktätigen einzusetzen.**

Was wir nach dem ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl sagten und was nach dem zweiten Wahlgang erst recht zutrifft, müssen wir jetzt an Hand der Tatsachen den Massen klar anzeigen:

Daß alle Versprechungen der Parteien der Bourgeoisie bei den Präsidentschaftswahlen sich als Lug und Trug erweisen, daß es nur eine Partei gibt, die den Massen einen revolutionären Ausweg aus Not und Elend zeigt und den wirklichen Kampf gegen den Faschismus, den Kampf gegen Hunger und imperialistischen Krieg führt: die Kommunistische Partei!

Die erste Aufgabe bei dem bevorstehenden Volksentscheid am 17. April ist, alle diejenigen, die bei der Präsidentenwahl infolge des besonderen Charakters dieser Wahl Enthaltung übten, zur Stimmabgabe **für die Kommunistische Partei zur Auflösung des Landtages und den Sturz der Schiedregierung und damit zu dem Bekenntnis für den revolutionären Klassenkampf zu mobilisieren.**

Aber darüber hinaus gilt es mit stärkster Offensive in die **Reihen der nationalsozialistischen Anhänger einzubrechen, unseren Kampf zur Entlarvung der sozialen und nationalen Demagogie der Hitlerpartei zu verschärfen und ihnen die Maske vom Gesicht zu reißen.**

Darüber hinaus gilt es mit verstärkter Kraft den Kampf **gegen den sozialfaschistischen Betrug mit dem angeblich „kleineren Uebel" durchzuführen, um die sozialdemokratischen Arbeiter aus der Hindenburgfront in die Front des revolutionären Klassenkampfes zu führen.**

Unsere kühne Offensive wendet sich mit ganzer Kraft gegen **die Diktatur des Kapitals. Die rote Einheitsfront** wird unter Führung der einzigen antifaschistischen Partei, der Kommunistischen Partei, **die Massen der** sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter sammeln zum schärfsten Kampf gegen die nationalsozialistische Seuche, von der jeder Betrieb und jede Straßenstelle freigemacht werden muß. Zum schärfsten Kampf gegen die sozialfaschistischen Stützen der Kapitalsdiktatur, die den Weg bereiten, die weitere Massenunterdrückung, Ausplünderung, Hunger und nationale Knechtschaft verewigen wollen.

Keine Stunde darf verloren gehen! Die große Aktivität der Partei im vergangenen Wahlkampf der Präsidentschaftswahl muß bei der jetzigen revolutionären Massenmobilisierung in den nächsten acht Tagen **noch weiter gesteigert werden.** Der Volksentscheid in Sachsen, der Wahlkampf in Preußen, Bayern, Württemberg, Hamburg und Anhalt müssen zu einem Sturm der Millionenmassen des klassenbewußten Proletariats und der Ausgeplünderten in Stadt und Land werden! Zu einer Kundgebung, die ihren Ausdruck findet in einem Millionenbekenntnis am 17. April in Sachsen und am 24. April zu den Parlamentswahlen, zur Kommunistischen Partei und in der Entfaltung breitester Massenaktionen und Massenkämpfe gegen Faschismus und Hunger!